

Pressemitteilung

DIE LINKE.

Ortsverband Gelnhausen

Gelnhausen • Biebergemünd •
Linsengericht • Gründau • Hasselroth •
Freigericht

DIE LINKE Ortsverband Gelnhausen
Karl Steiss – Berliner Str. 23 – 63594 Hasselroth

Sprecher/in:
Ulrike Still / Karl Steiss
Berliner Straße 23
63594 Hasselroth
Telefon (06055) 3555
Telefon AB (06055) 900
333
karl@steiss.de

Folgende Erklärung ist am 12.10.2010
an die Presse herausgegangen:

08.01.2011

Linke weiter für Rekommunalisierung der Stromversorgung

Die Linksfraktion in der Gelnhäuser Stadtverordnetenversammlung hat bereits im Jahre 2007 einen Antrag gestellt, die Stromversorgung wieder in eigene Hände zu nehmen. Der Antrag wurde an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Dort beschrieb ein in der Energiebranche tätiges Ausschussmitglied den voraussichtlichen Kaufpreis mit 60 Millionen Euro, was die übrigen Ausschussmitglieder veranlasste, den Antrag der Linken abzulehnen.

In der jetzt nötigen Debatte um die Konzessionsvergabe ab 2011 werden ganz andere Zahlen genannt, nämlich nur 12 Millionen zum Rückerwerb des Netzes. Es gibt inzwischen eine große Zahl deutscher Städte, die den Weg bereits erfolgreich gingen und - teilweise auf dem Klageweg - die ursprünglichen Forderungen noch erheblich mindern konnten. Die Amortisierung des Kaufpreises ist bei eigenem Stromeinkauf und besonders bei eigener Stromerzeugung schon nach wenigen Jahren gegeben. Da die Stadt Gelnhausen mit der Förderung der erneuerbaren Energieerzeugung schon Pionierarbeit leistete, wären hier noch weitere Erträge beim Bereitstellen von Ökostrom möglich. Auch hier hat die Linke noch einen Antrag laufen, dass am Flusslauf der Kinzig außerhalb von Siedlungsgebieten ein Wasserkraftwerk entstehen sollte, was technisch und wirtschaftlich möglich wäre. Die Verwaltung hat von der Stadtverordnetenversammlung den Auftrag erhalten, mögliche Betreiber ausfindig zu machen, eine Antwort haben wir noch nicht bekommen.

Für unseren Antrag aus 2007 gab es vielerlei Gründe, die in den vergangenen drei Jahren von inzwischen hunderten von Kommunen als richtig nachgewiesen wurden:

-Kommunale Energieversorger können den Einwohnern und auch der Wirtschaft (!) günstigere Preise anbieten, da sich hier keine Konzerne ihre Kriegskassen für ihren weltweiten Machtpoker füllen müssen.

-Kommunale Energieversorgung ist kundennäher und kundenfreundlicher, die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung stellte bereits 2007 fest, dass zwei Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung eine Energieversorgung aus öffentlicher Hand bevorzugen würden.

-es würden mit kommunaler Energieversorgung vor Ort Arbeitsplätze geschaffen, die z. Z. in der Konzernzentrale bestehen.

-es käme nach Amortisierung zu einem Kapitalertrag, der es ermöglicht, Schulden zu tilgen und überfällige Sanierungsarbeiten in der Stadt zu Wege zu bringen.

-die Stadt als Betreiber müsste keine 19 Prozent Umsatzsteuer bezahlen, was sich ebenfalls günstig auf die Preise auswirkte.

-Gewinne aus Netzbetrieb, Stromverkauf (sollte als zweite Stufe ebenfalls angegangen werden), Konzessionsabgabe und Gewerbesteuer machen zum Beispiel bei den wiedergegründeten Stadtwerken Wolfhagen 40 Prozent mehr Einnahmen als zuvor bei der Vergabe an e.on.

-die Versorgungssicherheit, gemessen an Netzstörungen ist bei kommunalen Versorgern erheblich höher.

-zertifizierter Ökostrom könnte mit eigenem Zertifizierungsnachweis ausgestattet werden, was bei den Konzernen als fragwürdig anzusehen ist (FAZ 13. 5. 2008)

-die von der großen Bevölkerungsmehrheit abgelehnte Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke würde bei einer breiten Rekommunalisierungswelle überflüssig, da vor Ort Strom in wirkungsvollem Umfang sinnvoller und umweltverträglich erzeugt werden kann.

Und nun noch einige Worte zu den beiden bekannten Bewerbern um die Konzessionsvergabe e.on und Kreiswerke Main-Kinzig:

e.on befindet sich bundesweit im Streit mit Verbraucherverbänden um Preisgestaltung und mit Kommunen um Rückverkaufspreise. Am 9. 10. 2008 berichtete der zweite Geschäftsführer der Gelnhäuser e.on-Niederlassung G. Hollstein anlässlich einer Besichtigung zweier bayerischer Wasserkraftwerke den teilnehmenden Gelnhäuser Stadtverordneten, dass e.on nur Wasserkraftwerke entsprechend der Renditeerwartungen baue und fügte wörtlich hinzu: "wir sind ein Wirtschaftsunternehmen".

e.on trennt sich derzeit aus wirtschaftlichen Gründen von Stromnetzen, wie das Beispiel Darmstadt zeigt. Dort sagte vor wenigen Wochen der SPD-Oberbürgermeister W. Hoffmann, dass die Zeit zum Rückerwerb der 40 Prozent e.on-Anteile für die Darmstädter HEAG wegen einer veränderten Konzernpolitik derzeit besonders günstig sei. E.on-Konzernchef Johannes Theyssen will den DAX-Konzern nach milliardenschweren Zukäufen der vergangenen Jahre verschlanken und sich von Randbereichen trennen (dpa 30.8.2010)

In Gelnhausen spielt e.on mit seiner Wasserpolitik eine unrühmliche Rolle. Erst der Bürgerprotest und über dreißig Einwendungen bei der Konzessionsvergabe brachten den Regierungspräsidenten dazu, die Wasserförderung im Haitzer Würgebachtal um über 200.000 Kubikmeter pro Jahr zu senken. e.on wird von einem Teil der Gelnhäuser Mandatsträger durch ihr Sponsoring für örtliche Vereine geschätzt. Was aber mit dem Griff in die Portokasse des Konzerns als Zuschüsse für einige Veranstaltungen über das Jahr erledigt wird, kommt durch die hohen Energiepreise den dreiundzwanzigtausend Einwohnern teuer zu stehen. Es bleibt zu hoffen, dass dies den Entscheidungsträgern bewusst wird und damit eine Rekommunalisierung ermöglicht wird.

Die Kreiswerke Main-Kinzig als öffentlich-rechtlicher Mitbewerber zeigen hingegen eine Bevölkerungsnähe und Arbeitsplatzgarantie über die eigene Beschäftigtenzahl hinaus durch Vergabe von Aufträgen an die heimische Wirtschaft, was allen nutzt.

Auch ist der Ökostrom der Kreiswerke durch den TÜV Süd nach der hochqualifizierten Norm EE02 zertifiziert.

Abschließend ist zu sagen, dass die Gelnhäuser Linke einem Eigenbetrieb Stadtwerke, bei dem das wirtschaftliche und technische Geschäft von einem öffentlichen Partner, z.B. den Kreiswerken erledigt würde, den Vorrang. Sollten sich durch das in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsgutachten von Rödl und Partner in Nürnberg nachvollziehbare Probleme für einen solchen Eigenbetrieb ergeben, würde die Linke auch einer Konzessionsvergabe an die Kreiswerke, die dadurch nicht zweite Wahl würden, unterstützen.

Auf den Prüfstand sollte aber auch in der nächsten Legislaturperiode Wasser, Gas und Müllabfuhr, da unzählige Beispiele von Kommunen, besonders in NRW zeigen, dass hier Sparpotenziale für die Bürgerinnen und Bürger von bis zu vierzig Prozent liegen.